

Generalsekretärin Angela Merkel:

Diskutieren Sie mit: Die Krise als Chance

„Jetzt wird wieder Politik gemacht“ – mit diesen Worten signalisiert Wolfgang Schäuble (Seite 3) den Neuanfang, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Friedrich Merz Ende Februar gemacht hat.

Mit seinem Antrag an den 13. Parteitag in Essen hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 13. März in Berlin ein weiteres Signal des Neubeginns gesetzt und – wie es in dem Antrag heißt – für das Führungsgremium der CDU erklärt: „Wir nutzen die Chance, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen.“

Wir setzen unseren 1999 in Erfurt begonnenen Erneuerungsprozeß fort und fordern alle Parteimitglieder dazu auf, sich im Vorfeld des Essener Parteitags an

**Unser Land und Europa
brauchen eine starke CDU**

der Diskussion über Chancen, die auch in einer Krise stecken, zu beteiligen. Den Wortlaut des Antrags, den wir „Essener Erklärung“ genannt haben, finden Sie als Dokumentation im Innenteil dieser Ausgabe.

Die Verstöße gegen das Parteiengesetz, gegen die Grundsätze der Transparenz und der innerparteilichen Demokratie haben unsere Partei, für die die Einhal-

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Aufbruch

Wolfgang Schäuble: Jetzt wird wieder Politik gemacht. Seite 3

● Nordrhein-Westfalen

Umfragen: CDU legt zu, SPD verliert. Seite 4

● Rechenschaftsbericht

CDU-Klage gegen Bescheid des Bundestagspräsidenten. Seite 5

● Frauentag

Maria Böhmer: Lösung großer Zukunftsaufgaben nur gemeinsam mit Frauen. Seite 7

● Beschäftigung

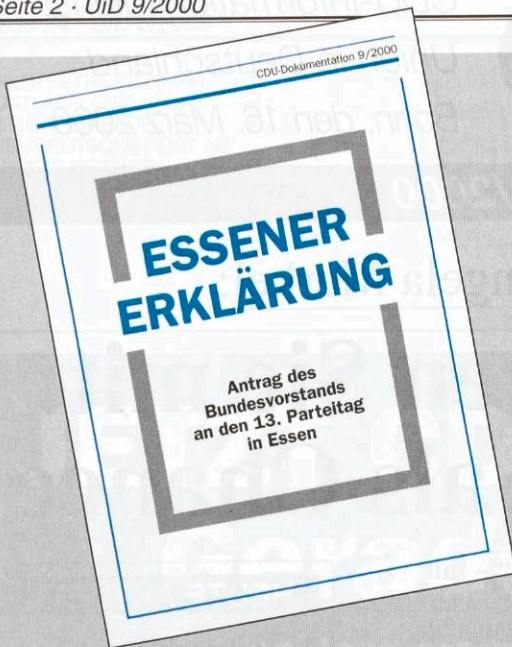
Stillstand auf dem Arbeitsmarkt. Seite 8

● Würdigung

Bernhard Worms wird 70 Jahre alt. Seite 21

● UiD Extra

CDU-Reformforderungen an die EU-Regierungskonferenz 2000. Gemeinsamer Beschluss der Bundesfachausschüsse Europapolitik und Außen- und Sicherheitspolitik. Innenteil



Zu diesem Antrag können bis Mittwoch, den 5. April, 12.00 Uhr, Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt werden.

Deutschland braucht neue Antworten zum Verhältnis von Bürger und Staat.

Deutschland braucht neue Antworten auf die Veränderungen im Arbeitsleben.

Deutschland braucht neue Antworten zur Weiterentwicklung seiner sozialen Ordnung.

Deutschland braucht neue Antworten auf dem Weg zur Wissensgesellschaft.

Deutschland braucht neue Antworten für seine Rolle in Europa und in der Welt.

Fortsetzung von Seite 1

tung von Recht und Gesetz zu ihrer Identität gehört, ins Mark getroffen. Entsprechend tiefgreifend müssen deshalb auch die Konsequenzen sein, die wir ziehen.

Nur wenn wir uns dabei vom Willen zur Erneuerung leiten lassen, werden wir auch wieder mehrheitsfähig und in der Lage sein, unser politisches Erbe, unsere Grundwerte zu bewahren und unsere politische Kompetenz als Volkspartei der Mitte bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes unter Beweis zu stellen.

Wir wissen: Erneuerung schafft Mehrheiten. Und wir wollen auch wieder die Bestätigung unserer Politik durch Mehrheiten.

Das letzte Jahr wurde nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 das Jahr unseres Aufbruchs und ein Jahr

großartiger Wahlsiege. Wir haben die Europawahl haushoch gewonnen, Bremen und Berlin klar gehalten, SPD-Bastionen in Hessen, im Saarland und in Brandenburg gestürmt, absolute Mehrheiten in Thüringen und Sachsen gewonnen und sensationelle Ergebnisse insbesondere bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erzielt.

Wir wollen die Serie unserer Erfolge fortsetzen: Mehrheiten in den Städten und Gemeinden, in den Ländern – am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen – und in Deutschland bei der Bunderstagswahl 2002 zurückgewinnen.

Unser Land und Europa brauchen eine starke CDU, die den Menschen Zuversicht und Vertrauen in ihre eigene Kraft gibt und die Chance für ein Leben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bietet.

Wolfgang Schäuble:

Jetzt wird wieder Politik gemacht

Es geht wieder aufwärts mit der Union. Die CDU/ CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat mit beeindruckenden Personalentscheidungen ein glaubwürdiges Zeichen für einen Neuanfang gesetzt.

Sie hat Friedrich Merz mit 96 Prozent der Stimmen zu ihrem Vorsitzenden gewählt – ein ungewöhnlich gutes Ergebnis, das nicht nur die Geschlossenheit und den starken Aufbruchswillen der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU zeigt, sondern auch ihr volles Vertrauen und ihre großen Erwartungen an ihren neuen Vorsitzenden. Und auch mit der Riege der stellvertretenden Vorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer demonstriert die Fraktion mit einer guten Mischung aus erprobten Kämpfern und neuen Köpfen ihre Entschlossenheit, als starke Opposition der Bundesregierung Paroli zu bieten.

Alle Daten auf den Tisch

Jetzt wird wieder Politik gemacht. Auf wichtigen Themenfeldern müssen wir als Opposition die besseren Alternativen präsentieren. Bei der Steuerreform, für die die Bundesregierung spätestens im Bundesrat unsere Zustimmung braucht, werden wir die arbeitsplatzgefährdende Schlagseite zu Lasten des Mittelstandes korrigieren. Und in den Konsensgesprächen zur Rentenreform werden wir darauf achten, dass erst die Grundsatzfragen der Zukunft der Alterssicherung geklärt werden, bevor Detailprobleme verhandelt werden. Dazu muss die Bundesregierung zunächst einmal alle für die langfristige Entwicklung relevanten Daten auf den Tisch legen.

Ein besonderes Augenmerk wird die Union als die Europapartei Deutschlands auf

die katastrophale Europapolitik der Bundesregierung richten. Die verantwortungslosen und kurzsichtigen Entscheidungen einerseits zur Frage der Erweiterung der EU um sage und schreibe elf Kandidaten sowie zur EU-Mitgliedschaft der Türkei, andererseits der problematische Umgang mit einer demokratisch gewählten Regierung in Österreich zeigen, dass die Schröder-Regierung keine konstruktive Vorstellung von der Zukunft der Europäischen Union hat. Wenn die Menschen aber nicht mehr verstehen, wohin die Reise gehen

Bei der Steuerreform wollen wir die arbeitsplatzgefährdende Schlagseite zu Lasten des Mittelstandes korrigieren.

soll, werden sie sich verweigern. Deshalb brauchen wir dringend eine breite Debatte über Ziele und Grenzen der europäischen Einigung. Die Regierung Schröder will genau das verhindern und zerschlägt aus kurzsichtigem parteipolitischem Kalkül viel Porzellan. Mehr noch: Die Umwandlung des Europäischen Rates in ein Ausführungsorgan der Sozialistischen Internationale ruiniert die europäische Idee. Das werden wir der Schröder-Regierung nicht durchgehen lassen.

In der bewährten und gerade wieder eindrucksvoll bestätigten Geschlossenheit von CDU und CSU wird die gemeinsame Bundestagsfraktion kraftvoll ihren Verfassungsauftrag wahrnehmen und dort, wo es nötig ist, die Bundesregierung kritisieren und korrigieren, dort wo es möglich ist, an vernünftigen und zukunftsfesten Lösungen mitarbeiten. ■

CDU legt zu, SPD verliert

In den letzten Tagen und Wochen sind mehrere Umfragen zur Landtagswahl veröffentlicht worden. Das Bielefelder Meinungsforschungsinstitut Emnid hat zwei Umfragen im Erhebungszeitraum 11.2 bis 16.2. und 25.2. bis 1.3. durchgeführt.

Infratest dimap hat für den WDR (Erhebungszeitraum 25.2 bis 1.3.) und für die SPD (ebenfalls Erhebungszeitraum 25.2 bis 1.3.) Umfrageergebnisse erhoben. Dazu erklärte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul:

● Nach den Umfrageergebnissen hat sich die CDU stabilisiert und legt wieder zu. In der ersten Umfrage von Emnid (Zeitraum 11. bis 16.2.) ergab die Sonntagsfrage für die

CDU: 34 Prozent

SPD: 44 Prozent

Grüne: 9 Prozent

FDP: 8 Prozent.

In der zweiten Umfrage von Emnid (Zeitraum 25.2. bis 1.3.) ergab die Sonntagsfrage für die

CDU: 36 Prozent

SPD: 41 Prozent

Grüne: 8 Prozent

FDP: 9 Prozent.

Diese Ergebnisse zeigen: Die CDU legt zwei Prozentpunkte zu, die SPD verliert 3 Prozentpunkte.

● Auch wenn man die ungewichteten Daten zugrundelegt, ergibt sich das gleiche Bild.

Emnid-Umfrage (11.2. bis 16.2.):

CDU: 26 Prozent

SPD: 33 Prozent.

Emnid-Umfrage (25.2 bis 1.3.):

CDU: 26 Prozent

SPD: 29 Prozent.

Auch diese Daten belegen den Trend, dass sich die CDU stabilisiert hat und die SPD verliert.

● Im selben Zeitraum haben sich auch bei den Emnid-Umfragen die Werte für den

So zufrieden, wie die SPD heute versucht, es uns vorzuspielen, sind die Wähler mit der Clement-Regierung offenbar nicht.

CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers im Vergleich zu Clement erheblich verbessert.

Kandidat	11.2. - 16.2.	25.2. - 1.3.:
Jürgen Rüttgers	27 Prozent	30 Prozent
Clement	59 Prozent	49 Prozent.

Während Jürgen Rüttgers 3 Prozentpunkte dazugewonnen hat, ist Clement um 10 Prozentpunkte abgestürzt.

● Bei der infratest dimap-Umfrage für den WDR antworteten auf die Frage:

„Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Nordrhein-Westfalen eher Anlass zu Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?“:

45 Prozent
eher Beunruhigung

39 Prozent
eher Zuversicht.

Reul: „So zufrieden, wie die SPD heute versucht vorzuspiegeln, sind die Menschen mit der Clement-Regierung offenbar nicht.“

CDU-Klage gegen Bescheid des Bundestagspräsidenten

Die CDU hat am 6. März über die Anwaltskanzlei Zuck & Quaas, Stuttgart gegen den Bescheid des Bundestagspräsidenten vom 14. Februar Klage beim Verwaltungsgericht Berlin erhoben.

Der Bescheid betrifft ausschließlich die endgültige Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für politische Parteien für das Jahr 1999. Er hat die der CDU zustehenden staatlichen Mittel um rund DM 41 Millionen gekürzt und diesen Betrag auf andere politische Parteien umverteilt.

In ihrem 75-seitigen Schriftsatz beantragt die CDU, den Bescheid des Bundestagspräsidenten aufzuheben, zugunsten der CDU weiter rund DM 41 Millionen festzusetzen und die zugunsten anderer Parteien ergangenen Umverteilungsbescheide insoweit aufzuheben.

Die Klage rügt zunächst eine Reihe von Verstößen gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs. Sie stützt sich in der Sache auf § 19 Parteiengesetz. Die CDU hat rechtzeitig den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1998 eingereicht und damit alle Voraussetzungen für die endgültige Festsetzung der ihr zustehenden Mittel erfüllt. § 19 Parteiengesetz will nur sicherstellen, dass die politischen Parteien überhaupt ihre Rechenschaftsberichte fristgerecht einreichen. Das ergibt sich aus Wortlaut, Zweck und Entstehungsgeschichte dieser Regelung.

Ob ein Rechenschaftsbericht Mängel aufweist (wie hier, weil dem CDU-Bundesverband ohne eigenes Verschulden Auslandskonten des CDU-Landesverbandes Hessen unbekannt geblieben waren) spielt für die Anwendung des § 19 Parteiengesetz keine Rolle. Die politische Partei

kann solche Mängel im Rahmen des § 23 Parteiengesetz heilen. Das ist hier sofort geschehen. Der Bescheid des Bundestagspräsidenten wird deshalb durch § 19 Parteiengesetz nicht gedeckt.

Dieses Ergebnis wird durch eine verfassungsrechtliche Beurteilung bestätigt: Wollte man § 19 Parteiengesetz in Übereinstimmung mit dem Bundestagspräsidenten entnehmen, dass der Rechenschaftsbericht fehlerfrei sein müsse, dann verstieße die Vorschrift wegen ihrer immensen finanziellen Auswirkungen nicht nur gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, sondern auch gegen die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Sanktionsregeln Verschulden voraussetzen. Dieses fehlt hier.

Verlängerung der Antragsfrist

In einem Brief vom 3. März an die Parteigliederungen hat Generalsekretärin Angela Merkel darüber informiert, dass der bildungspolitische Leit Antrag auf dem Parteitag in Essen lediglich „in erster Lesung“ behandelt wird.

Die Antragsfrist für Änderungs- und Ergänzungsanträge bleibt über den 13. Parteitag hinaus offen. Die Antragsfrist für Änderungs- und Ergänzungsanträge zu den anderen, erst im Laufe des März zu erwartenden Leitträgen des Bundesvorstandes, endet am 5. April, 12.00 Uhr.

Wohlstand auch für die nachfolgenden Generationen

Der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Axel Fischer (Karlsruhe-Land) und Klaus Holetschek erklärte zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung:

Die Weichen für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sind angesichts der derzeitigen Fusionswelle großindustrieller Betriebe, der beliebigen staatlichen Eingriffe zum Erhalt von am Markt nicht überlebensfähigen (Groß-)Betrieben, der willkürlichen Diskriminierung von Einkommen und Gewinnen sowie wachsenden Missbrauchs des Steuersystems völlig falsch gestellt.

Die Bundesregierung muss die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft ernsthafter und konsequenter verfolgen. Eine Rückbesinnung auf grundlegende Gesetze der Ordnungspolitik ist dringend notwendig. Nur so können Markt- und Wettbewerbsbedingungen als auch die soziale Akzeptanz unserer bewährten Wirtschaftsordnung erhalten oder verbessert werden.

Rot-Grün vernichtet Arbeitsplätze

Die Anreizfunktion des Wettbewerbs, neue Ideen, Organisationsformen, Produkte und Dienstleistungen hervorzubringen, ist in Deutschland durch Überregulierung ohnehin massiv gestört. Diese dynamischen Wettbewerbsfunktionen müssen im Hinblick auf die zunehmende Wettbewerbsintensität im europäischen Binnenmarkt und

die Globalisierung gestärkt werden und in die richtige Richtung wirken.

Statt dessen vernichtet Rot-Grün u.a. mit dem Stromeinspeisegesetz produktive Arbeitsplätze am Markt, die durch geplante zusätzliche Beschäftigung in den Subventionbereichen nur teilweise ersetzt würden. Die durch Ökosteuer und andere Abgaben völlig nach oben verzerrten Energiepreise geben ohnehin schon lange nicht mehr die Knappheit der Energieresourcen wieder.

Damit entwickeln sich Wirtschaft und Verbraucherverhalten in eine völlig irrationale

Plädoyer für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung

Richtung, die mit den natürlichen Gegebenheiten und Knappheiten, den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen heute und denen zukünftiger Generationen nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Nur ein funktionierender Wettbewerb garantiert Innovationen hin zu einer besseren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.

Wir brauchen eine Renaissance der Ordnungspolitik zur Sicherung einer ökonomisch nachhaltigen Entwicklung, die den erreichten Wohlstand für nachfolgende Generationen langfristig bewahrt und den gesellschaftlichen Kapitalstock sinnvoll erneuert und ausbaut.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Lösung großer Zukunftsaufgaben nur gemeinsam mit Frauen

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik der CDU, Maria Böhmer:

Auch im neuen Jahrtausend müssen Frauen sich in einer Männerwelt behaupten. Forderungen nach Teilhabe in allen Lebensbereichen, der Freiheit, Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren zu können, sozialer Gerechtigkeit und eigenständiger Alterssicherung von Frauen müssen weiter erstritten werden. Vieles ist schon erreicht, aber längst nicht alles.

Die heutige Frauengeneration ist kompetent und durchsetzungsfähig. Noch nie gab es besser ausgebildete Frauen als heute. Den Männern muss klar sein: Die Lösung großer Zukunftsaufgaben kann nur gelingen, wenn Frauen und Männer an einem Strang ziehen, wenn Frauen mitentscheiden.

Eine der jetzt anstehenden großen Zukunftsaufgaben, die Reform der Alterssicherungssysteme, betrifft beide Geschlechter. Dabei muss es endlich gelingen, dass den Lebens- und Erwerbsverläufen von Männern und Frauen im Rentensystem gleichermaßen Rechnung getragen wird.

Eine Reform, die Frauen weiter benachteiligt, ist daher nicht hinnehmbar. Die rot-grünen Rentenpläne sind ein Griff ins Portemonnaie zukünftiger Witwen und haben tückische Fallstricke für Frauen:

- Die Weigerung, Kindererziehungszeiten weiter auszubauen und damit die Erziehungsleistung von Frauen verstärkt anzuerkennen, ist ein Schlag ins Gesicht für alle Kinder erziehenden Frauen.
- Das Splittingmodell wirkt tendenziell gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen.

- Das Einfrieren des Freibetrages beim Unterhaltersatzmodell drängt Frauen in niedrig entlohnte Tätigkeiten.
- Die verschärfte Einkommensanrechnung steht im Widerspruch zur Aufforderung, privat Vorsorge zu leisten.
- Kindererziehung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird im Optionenmodell nicht gewürdigt.
- Die Rentenaufstockung bei eingeschränkter Erwerbsarbeit zementiert die Rollenverteilung der Frau in der Familie und hilft Alleinerziehenden nur scheinbar.
- Die geplante bedürftigkeitsabhängige Grundsicherung schafft keine höhere Alterssicherung für die Mehrzahl der Frauen.

Mit den rot-grünen Rentenplänen werden die falschen Weichen gestellt. Die eigenständige Alterssicherung von Frauen bleibt auf der Strecke.

Mehrheit der Bundesbürger für Organspende

Die Bundesbürger haben mehrheitlich eine positive Haltung zur Organspende. Nach einer forsa-Umfrage im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) stehen 78 Prozent der Deutschen einer Organspende positiv gegenüber. Lediglich zehn Prozent nehmen zu der Problematik eine negative Haltung ein, wie die BZgA mitteilte. 63 Prozent der Befragten wären grundsätzlich damit einverstanden, dass man ihnen nach ihrem Tod Organe entnimmt. 22 Prozent lehnen dies ab.

Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer:

Die Zahlen vom Arbeitsmarkt signalisieren erneut: Die Bundesregierung kommt bei ihrem Vorhaben, Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, keinen Schritt voran. Während die Zahl der Arbeitslosen auf einem unerträglich hohen Niveau stagniert, sind alleine im Februar fast 260.000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Das ist ein Armutszeugnis dieser Regierung und entspricht einer Politik, die die zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele aus den Augen verloren hat. Das Bündnis für Arbeit ist sinnentleert.

Es ist zu einer quälenden und zählebigen Veranstaltung degeneriert, von der keine nachhaltigen Impulse auf den Arbeitsmarkt zu erwarten sind. Von einer Politik, die die Probleme auf dem Arbeitsmarkt wirklich angeht und den Arbeitslosen in Deutschland eine Perspektive eröffnet, ist weit und breit nichts zu sehen.

Hinkender Vergleich

Zudem hinkt der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahresmonats: Der Rückgang bei den Arbeitslosen um 187.000 ist ausschließlich auf den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zurückzuführen. Offensichtlich vertraut die Bundesregierung darauf, dass sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt schon alleine aus demographischen Gründen lösen lassen.

Schwere Versäumnisse Trittins bei der Atomaufsicht

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der englischen Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield und den daraus resultierenden Problemen mit falsch deklarierten Brennelementen im Kernkraftwerk Unterweser hat der energiepolitische Sprecher der CDU/CDU Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, massive Kritik an Bundesumweltminister Jürgen Trittin geübt:

Nach den jetzt vorliegenden Informationen ist offensichtlich davon auszugehen, dass sowohl das Bundesumweltministerium wie auch das Landesumweltministerium in Hannover bereits seit September über den Sachverhalt informiert waren. Die Darstellungen von

Bundesumweltminister Trittin (B90/Die Grünen) sind wenig glaubwürdig. Beim Landesminister Wolfgang Jüttner (SPD) kann man nicht ausschließen, dass er die Wahrheit aus Gründen des Eigenschutzes verschweigt.

Legt man die Maßstäbe früherer Kritik von SPD und B90/Die Grünen an, fällt es nicht schwer, den Vorwurf einer schlampigen Atomaufsicht zu erheben. Die politische Verantwortung liegt nicht bei den Beamten, sondern bei den Ministern, die wie schon beim Schacht Konrad die Verantwortung zwischen Berlin und Hannover hin- und herschieben, anstatt ihren Pflichten zum Schutz der Menschen und der Umwelt nachzukommen.

Einseitiger Blick auf die Arbeitslosenzahl wenig hilfreich

Anlässlich der Bekanntgabe der Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes für das 4. Quartal 1999 hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall, eine aktuellere Beschäftigungsstatistik gefordert:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereitet eine Initiative vor, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Voraussetzungen für eine aktuellere Erfassung der Beschäftigtenzahlen zu schaffen, die Beschäftigtenzahl statt der Arbeitslosenzahl in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu rücken.

Ohne Zutun abgenommen

52.000 Beschäftigte weniger im 4. Quartal 1999 als im 4. Quartal des Vorjahres sind das ernüchternde Ergebnis rot-grüner Wirtschaftspolitik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird nicht hinnehmen, dass die Bundesregierung diese Zahl ignoriert und lediglich auf die langsam sinkende Arbeitslosen-

zahl hinweist. Sie nimmt derzeit aufgrund der demografischen Entwicklung ohne Zutun der Bundesregierung ab.

Zeitnahe Statistik erforderlich

Wir fordern, die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen besser und auffälliger darzustellen, als es derzeit praktiziert wird. Nötig ist eine umfassende und zeitnahe Beschäftigungsstatistik, die als zentrale Größe die Beschäftigtenzahl insgesamt enthält. Zu Recht wird nämlich ein „hoher Beschäftigungsstand“ im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz als wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik genannt. Der einseitige Blick auf die Arbeitslosenzahl ist wenig hilfreich, weil er eine Zahl in den Mittelpunkt des Interesses rückt, die relativ leicht von politischen Einzelmaßnahmen oder statistischen Definitionen beeinflussbar ist. Außerdem kann selbst eine erfolglose Wirtschaftspolitik bei einer günstigen demographischen Entwicklung Erfolge bei der Arbeitslosenstatistik vorzeigen.

Keine Wende am Arbeitsmarkt

Zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, Matthias Wissmann:

Die neuen Arbeitsmarktdaten sind immer noch enttäuschend. Die Wende am Arbeitsmarkt lässt weiterhin auf sich warten. Trotz guter Konjunkturaussichten ist am Arbeitsmarkt keine Entspannung in Sicht. Leider zeichnen sich keine belebenden Impulse

von dem sich abzeichnenden Wirtschaftswachstum auf dem Arbeitsmarkt ab. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist auf den milden Winter zurückzuführen.

Es wird langsam Zeit, dass die Regierung Schröder/Fischer vernünftige Rahmenbedingungen setzt und eine Trendwende einleitet. Mit dem bisherigen Zick-Zack-Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik kann es nicht gelingen, das notwendige Vertrauen zu schaffen, damit die deutsche Wirtschaft in hohem Maße investiert und neue Arbeitsplätze schafft. Den Unternehmen fehlt es an klaren Perspektiven. ■

Eine gute Wahl für IWF-Chefposten

Zur Kandidatendebatte für den IWF-Chefposten erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers:

Bereits zum dritten Mal hat die Bundesregierung in der Personalpolitik auf internationaler Ebene geschlampt. Nach dem öffentlichen Gerangel und koalitionsinternen Postengeschacher bei der Benennung der deutschen EU-Kommissare sowie dem „Wegloben“ des erfolglosen Kanzleramtsministers Hombach auf den wichtigen Posten des Koordinators für den Stabilitätspakt Südosteuropa, hat die Regierung Schröder/ Fischer erneut ihre Unprofessionalität in internationalen Personalfragen bewiesen. Kandidaten werden öffentlich präsentiert, ohne dass die Bundesregierung zuvor eine Abstimmung mit den internationalen Partnern Deutschlands für nötig erachtet. Schröder zerschlägt gerade auf dem sensiblen Feld der Personalpolitik unnötig außenpolitisches Porzellan. Deutschlands Interessen und Ansehen werden so beschädigt. Die personalpolitischen Schlampereien dürfen nicht zur Regel werden.

Schröder außenpolitisch kopflos

Caio Koch-Weser ist durch die schlechte, unprofessionelle Personalpolitik der Regierung Schröder beschädigt und öffentlich desavouiert worden. Auch ist die außenpolitische Kopflosigkeit Schröders hervorzuheben, der noch an der Kandidatur Koch-Wesers festhielt, als diese bereits nicht mehr durchsetzbar war.

Vor der Ankündigung der Kandidatur Koch-Wesers war nicht einmal auf europäischer Ebene Einigkeit herbeigeführt worden, wie das lange Zögern Frankreichs und Großbritanniens, sich hinter den deutschen Kandidaten zu stellen, gezeigt hatte. Koch-Weser konnte selbst in der EU nicht

überzeugen. Er besitzt zwar durch seine Tätigkeit in der Weltbank internationale Erfahrung, ihm fehlt aber die nötige Reputation in finanz- und währungspolitischen Fragen, die gerade für den IWF-Chefposten besonders wichtig ist. Zudem wurde – nicht allein in den USA – das fehlende politische Gewicht Koch-Wesers beklagt.

Der nun vorgeschlagene Horst Köhler wäre eine gute Wahl für den Chefposten des IWF. Er besitzt die nötige langjährige fi-

Nach der Zustimmung von US-Präsident Clinton und auch der japanischen Regierung zum Kandidaten der Europäischen Union, Horst Köhler, gilt dessen Wahl inzwischen durch das IWF-Direktorium als gesichert.

nanzpolitische und internationale Erfahrung für das wichtige Amt: Als langjähriger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und als Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London gilt er als angesehener Fachmann. Er hat sich bei der Schaffung der Europäischen Währungsunion bleibende Verdienste erworben und verfügt über große politische Erfahrung.

In diesem Zusammenhang stellt sich aber auch grundsätzlich die Frage nach der Qualifizierung deutscher Kandidaten für internationale Spitzenposten. Die mangelnde Anerkennung der deutschen universitären Ausbildung im Ausland zeigt, dass hier Abhilfe geschaffen werden muss. Deutschland gibt zu wenig Geld für die Ausbildung einer international verwendbaren und angesehenen „Elite“ in Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus.

WÄHRUNGSFONDS**Harakiri**

Der erste Kandidat für den Führungsposten des Internationalen Währungsfonds, Koch-Weser, hat verbittert aufgegeben. Das war schlimm für ihn; aber ein politisches Desaster ist es für die Bundesregierung, die von der amerikanischen Abneigung gegen Koch-Weser wissend, die europäischen Partner zur Gefolgschaft gepresst und in eine Machtprobe mit Washington hineingezwungen hatte, welche die Europäer nach Lage der Dinge nicht bestehen konnten. Das war eine diplomatische Harakiri-Aktion ohne Beispiel, dilettantisch vorbereitet und ohne Gesichtswahrung abgeschlossen. Dabei war noch nicht einmal sichergestellt, dass es Schröders zweite Wahl, dem ehemaligen Finanzstaatssekretär unter Waigel, Köhler, besser ergehen würde als dem ersten Kandidaten. Nur dass diesmal vielleicht der mächtigste Widersacher nicht in Washington, sondern in der EU gegessen hätte.

Frankfurter Allgemeine**Abgewatscht**

Selten ist ein deutscher Kanzler auf internationaler Bühne so abgewatscht worden wie Gerhard Schröder. So unbekümmert wie vieles andere wurde auch die No-

minierung des deutschen Finanzstaatssekretärs Koch-Weser für die IWF-Spitze ins Werk gesetzt. Selbstherrlich, ohne jedes diplomatische Geschick.

Bild**Verheizt**

Selten ist ein Beamter so auf offener Bühne verheizt worden, wie dies dem Finanz-Staatssekretär Caio Koch-Weser widerfahren ist, der seine Bewerbung für den Chefposten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückziehen musste. Das war nicht die Schuld von Koch-Weser, sondern die des Bundeskanzlers, der ihn ohne ausreichende internationale Absprache ins Rennen geschickt hat.

Kölner Stadt-Anzeiger**Trauerspiel**

Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Personalpolitik bei der Besetzung des

IWF-Chefsessels zum internationalen Gespött gemacht. Die Geschichte des gescheiterten deutschen Kandidaten Koch-Weser liest sich wie eine Aneinanderreihung diplomatischer Pannen. Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ eine behutsame Abstimmung in der EU vermissen und verwehrte Koch-Weser am Ende sogar, den Zeitpunkt seines Rückzugs selbst zu bestimmen. Und schon drohte der nächste deutsche Kandidat, Horst Köhler, durch eine frühe Indiskretion um seine Chancen gebracht zu werden.

Berliner Zeitung**Ohrfeige**

Die gescheiterte Berufung von Finanz-Staatssekretär Caio Koch-Weser zum Präsidenten des Internationalen Währungsfonds IWF war eine schallende Ohrfeige für Bundeskanzler Schröder. Es lag nicht an Koch-Weser. Er ist ein

Schaden gerade noch begrenzt

Der zweite deutsche Kandidat, der Präsident der Osteuropa-Bank, Horst Köhler, scheint Gnade vor der amerikanischen Regierung zu finden. Ihm, der Bundesregierung und ihren europäischen Partnern bleibt somit die bittere Erfahrung des ersten Kandidaten Schröders für das Spitzenamt des internationalen Währungsfonds erspart.

Frankfurter Allgemeine

glänzender Fachmann, leider jetzt verbrannt. Die Rambo-Personalpolitik der Bundesregierung war schuld. Dem neuen deutschen Kandidaten, Horst Köhler, ebenso gut qualifiziert, drohte durch die dilettantischen Vorbereitungen Ähnliches. Warum wurde er so früh geoutet? Wieder bestand die Gefahr, dass ein hoch qualifizierter Mann durch Mismanagement verbrannt wird.

Bild am Sonntag

Dilettantisch

Die deutsche Außenpolitik wirkte wieder einmal dilettantisch. Da gab es in den USA eine starke, von den Republikanern angeführte Strömung, die einen kompletten Umbau der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) betreibt. In Europa wird jedoch der Eindruck erweckt, als ginge es nur um einen Personenwechsel im Chefessel des IWF und nicht vor allem um die künftige Rolle des IWF und der Weltbank. Es lag auf der Hand, dass die Amerikaner den Kandidaten, den ihnen die Europäer als künftigen IWF-Chef präsentierten, unter diesem Aspekt unter die Lupe nehmen würden.

Den Bundeskanzler scheint das nicht zu scheren. Er ließ einen guten Mann, Caio Koch-Weser, ins Messer der Amerikaner laufen

und lief Gefahr, auch seine zweite Trumpfkarte, Horst Köhler, zu verlieren, weil die Meinungen über die Rolle des IWF diesseits und jenseits des Atlantik nicht aufeinander abgestimmt worden sind.

Hannoversche

Allgemeine

BANKENFUSION

Grenzenlos

Ende der Deutschland AG. Ob Mannesmann und Vodafone, ob Daimler-Benz und Chrysler – der Wettbewerb um Kunden, in der Disziplin Schnelligkeit und Größe ausgetragen, kennt keine nationalen Grenzen mehr. Auf Deutsche, die Jahrzehnte Wirtschaft zu einem Gutteil auf dem Reißbrett runder Tische genossen haben, mag dies irritierend wirken. Eine wesentliche Ursache der Bankenfusion ist das Internet, der Freund aller Verbraucher. Standardisierte Produkte – weltweit direkt vergleichbar, die Preise ohnehin. Teurer Aktienkauf am Bankschalter? Jetzt billiger, dank Mausclick. Das Netz macht Kapital für alle zugänglich, die exklusive Veranstaltung „Vermögen anhäufen“ ist nicht mehr exklusiv.

Rheinische Post

Im Aufbruch

Jenseits vordergründiger betriebswirtschaftlicher

Rationalität wird eine völlige Neuordnung der gesamten deutschen Finanzbranche erkennbar, die zugleich den endgültigen Abschied vom rheinischen Kapitalismus signalisiert.

Das Geflecht gegenseitiger Beteiligungen, das die Modernisierung behinderte und nicht nur Banken und Versicherungen im internationalen Vergleich zurückfallen ließ, wird verschwinden. An die Stelle der Klüngerlei in den Aufsichtsräten wird immer stärker eine Unternehmenskultur treten, die dem Aktionärswohl Vorrang einräumt.

Die Welt

Nur wer wächst...

Die Deutsche schluckt die Dresdner Bank: Milliarden-Vorteile für die Aktionäre, Existenzangst bei den Mitarbeitern. Ob die Jobs ohne Fusion weniger gefährdet wären, muss jedoch bezweifelt werden.

Schon jetzt macht der Fortschritt viele Arbeitsplätze – in den Filialen überflüssig – durch Computerbanking. Vom Wohnzimmer aus können die Kunden ihr Geld bequem in aller Welt anlegen. Banken, die da weiter mitmischen wollen, müssen groß genug sein, um den Kampf mit der Konkurrenz aus USA und Japan bestehen zu können.

Nur mit Wahlmöglichkeit des Vorsorgemodells

Zur Diskussion um die Altersvorsorge Selbständiger, erklärte der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft „Freie Berufe“ der MIT, Norbert Hauser:

Die Konsensgespräche zur Rentenreform müssen auch die Altersvorsorge der Selbständigen beachten. Zur Zeit steht das gesetzliche Rentensystem zu stark im Vordergrund. Die Selbständigen zahlen nur in den seltensten Fällen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Gesetzgeber nicht auch für die Selbständigen ausreichende Regelungen treffen muss, um ihnen die Möglichkeit zum eigenverantwortlichen Aufbau einer Altersversorgung einzuräumen.

Die meisten Selbständigen haben schon heute eine ausreichende Altersvorsorge. Entweder sind sie Mitglied in einem berufsständischen Versorgungswerk oder sie haben eine andere tragfähige Lösung ergriffen. Es gibt jedoch auch Ausnahmen: Einige stecken zu Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit ihr Geld in die Sicherung ihrer Existenz, um so für die Zukunft vorzusorgen. Andere verlassen sich darauf, dauerhaft gute Einnahmen zu erzielen. Beim Auftauchen unvorhergesehener Probleme ist dann die Altersvorsorge gefährdet. Es ist den Selbständigen nicht zuzumuten, im Alter von der Sozialhilfe oder von den Kindern zu leben. Auch eine berufliche Tätigkeit bis ins hohe Alter aufgrund finanzieller Not ist kein erstrebenswertes Ziel. Damit diese Folgen mangelnder Altersvorsorge zukünftig vermieden werden, ist die Pflicht zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge mit der Wahlfreiheit der Vorsorgemöglichkeit dringend notwendig.

Die Beratungen zum sog. Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit haben bewiesen, dass die rot-grüne Koalition auf Zwang setzt, weil sie die Selbständigen am liebsten in die Mitgliedschaft der gesetzlichen Rentenversicherung pressen will. Mit einem System der Sicherung einer ausreichenden Altersvorsorge für Selbständige mit Wahlfreiheit des Vorsorgemodells wären auch die sozialgesetzlichen Änderungen der Koalition überflüssig, da ein

Der MIT-Bundesvorstand stellt zum Bundesparteitag einen Antrag mit dem Ziel, dass alle Selbständigen die Möglichkeit einer eigenverantwortlichen Altersvorsorge haben.

wichtiger Grund der Arbeitgeber für das Abdrängen ihrer Arbeitnehmer in die Selbständigkeit das Einsparen der Rentenbeiträge ist. Rot-Grün geht es jedoch nicht um eine ausreichende Altersvorsorge für Selbständige, sondern darum, „fresh money“ für die gesetzliche Rentenversicherung zu erhalten.

Richtig ist, dass ein Selbständiger nachweisen muss, für eine ausreichende Altersvorsorge gesorgt zu haben. Dies bedeutet jedoch nicht, ihn in die gesetzliche Rentenversicherung zu pressen. CDU und CSU gehen von der Eigenverantwortlichkeit der Selbständigen aus. Dazu gehört auch, dass der Selbständige allein entscheidet, welches Vorsorgemodell er ergreifen will. Der Gesetzgeber hat dabei kein Modell zu bevorzugen oder zu benachteiligen. ■

Schlag ins Gesicht von vier Millionen Arbeitslosen

Zu den Plänen von Bundeskanzler Schröder, rd. 30.000 Computer-Gastarbeiter aus Indien nach Deutschland zu holen, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Fachkräftemangel mit zusätzlicher Einwanderung begegnen zu wollen ist das Eingeständnis eigenen Versagens in der Bildungspolitik. Sie nur für eine bestimmte Branche ins Auge zu fassen, bedeutet zu übersehen, dass nicht nur in der Computer-Branche Fachkräfte fehlen. Das Beispiel wird Schule machen: Andere Wirtschaftszweige werden alsbald auf Gleichbehandlung pochen.

Die geplante Anwerbung von indischen Fachkräften stellt einen Schlag ins Gesicht von 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland dar. Ihre arbeitsmarktgerechte Umschulung muss Vorrang vor der Anwerbung aus fernen Ländern haben. Auch der Arbeitsmarkt in der EU ist zunächst zu überprüfen. Erst dann stellt sich die Frage eines unabwiesbaren Zuwanderungsbedarfs. Und hierzu hatte das Arbeitsministerium noch im Januar mitgeteilt, von einem Mangel könne angesichts 30.000 arbeitsloser EDV-Fachkräfte nicht die Rede sein.

Entwicklungspolitisch höchst problematisch

Die Anwerbung von Facharbeitern aus Entwicklungsländern ist schließlich entwicklungspolitisch höchst problematisch. Diesen Ländern werden die besten Leute genommen. Schröders Schnellschuss auf der CeBIT droht zu guter letzt zum Rein-

fall zu werden: Die geplante Rückführung nach 6 Jahren lässt erwarten, dass sich die besten Fachkräfte ohnehin nicht nach Deutschland aufmachen werden. Denn auf Dauer hätten sie hier keine Perspektive.

Wir sperren uns nicht dagegen, die Ausländerpolitik und begrenzte Einwanderung an den eigenen Interessen zu orientieren, so wie es die Amerikaner machen. Hierzu gehört auch die Berücksichtigung spezifischer Interessen der Wirtschaft an Fachkräften. Helfen sie, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten oder gar neue zu schaffen, so kann begrenzte Zuwanderung gerechtfertigt sein.

Aber: Deutschland lässt seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch SPD und Grüne zunehmend unkontrollierte Einwanderung zu. Die USA hingegen suchen sich Einwanderer aus.

Also: Weniger Asylbewerber, weniger Familiennachzug, schnellere Heimkehr von Flüchtlingen. Damit wird Spielraum für den Zuzug einer begrenzten Zahl von Fachkräften geschaffen.

Clement ignoriert IT-Leistungen von Jürgen Rüttgers

NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement hat seinem Herausforderer im Landtagswahlkampf, Jürgen Rüttgers, die Schuld an dem IT-Fachkräftemangel in Deutschland in die Schuhe geschoben. Dazu erklärte der Obmann für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Herr Clement lügt, wenn er behauptet, der „Zukunftsminister“ der alten Bundesregie-

rung habe es verschlafen, die Weichen für ausreichenden Nachwuchs im IT-Bereich rechtzeitig zu stellen. Wahr ist: Jürgen Rüttgers hat allein im Jahr 1997 vier neue IT-Ausbildungsberufe geschaffen. Allein bis Ende 1998 hatten daraufhin bereits rund 14.000 Jugendliche eine Ausbildung in diesen Berufen begonnen. Hinzu kamen 1998 noch einmal vier neue Ausbildungsberufe im Medienbereich.

Die neue Bundesregierung hat dagegen zum Beginn des Ausbildungsjahres 1999 nur eine einzige neue Ausbildungsordnung im IT-Bereich erlassen. Herr Clement sollte besser Bildungsministerin Edelgard Bulmahn fragen, warum sie 1999 den Zug der Zeit verpasst hat. Auch der Vorwurf von SPD-Fraktionsvize Michael Müller, die alte Bundesregierung habe nichts für die verstärkte Qualifikation von Kindern und Jugendlichen im IT-Bereich getan, geht ins Leere.

Wahr ist: Das Programm der neuen Bundesregierung „Computer an die Schulen“ ist nur die Fortsetzung der bereits 1996 von Jürgen Rüttgers als Bildungsminister gestarteten Offensive „Schulen ans Netz“. Durch diese Initiative verfügten bereits Ende 1998 rund 10.000 Schulen in Deutschland über einen Internet-Anschluss.

Die SPD sollte mit dieser Lüge endlich aufhören

Die SPD sollte endlich aufhören die Bevölkerung zu belügen und eigene Ideen zur Beseitigung des IT-Fachkräftemangels entwickeln! Dass großer Handlungsbedarf für die SPD-geführte Bundesregierung besteht, beweist die Tatsache, dass allein im vergangenen Jahr für 10.000 Weiterbildungswillige für die IT-Branche keine freien Plätze zur Verfügung standen.

Dies hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, bestätigt. Für diese mangelbehaftete Weiterbildungs-

politik trägt SPD-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn die Verantwortung. Anstatt auf andere zu zeigen, sollte die SPD selber handeln.

Völlig unausgegoren

Zur geplanten Arbeiterlaubnis für Nicht-EU-Ausländer in der Informations- und Kommunikationsbranche erklärten die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Ursula Heinen und der Stellvertretende Sprecher, Axel E. Fischer:

Wie unausgegoren die Vorstellungen von Bundeskanzler Schröder zur Einführung einer Greencard für Nicht-EU-Ausländer ausschließlich in der IT-Branche sind, zeigen die jüngsten Stellungnahmen aus der Wirtschaft.

Einmal mehr mit der heißen Nadel gestrickt

Es fehlen nicht nur Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationsbranche, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen, etwa im Maschinenbau oder in den Dienstleistungsberufen. Die jetzt vorgestellten Vorschläge sind mit der heißen Nadel gestrickt! Bevor die Bundesregierung die Arbeiterlaubnis für IT-Branchen erteilt, erwarten wir daher:

- Eine Analyse, in welchen weiteren Berufszweigen und in welchem Umfang Fachkräftemangel besteht.
- Ein Entwicklungskonzept, das sowohl die Ausbildung als auch die Weiterbildung und Umschulung in Branchen mit bereits bestehendem Fachkräftemangel und in Branchen mit zu erwartendem Fachkräftemangel umfasst.
- Ein Entwicklungskonzept, das die Abwanderung gut qualifizierter junger Deutscher ins Ausland verhindern kann. ■

Internet-Nutzung und -Bildung müssen verbessert werden

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik der CDU hat in seiner Sitzung am 22. Februar Michael Meister zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der 38jährige Bundestagsabgeordnete dankte seiner Vorgängerin, Christa Thoben, für die bisherige erfolgreiche Arbeit. Frau Thoben hat aufgrund ihrer neuen Tätigkeit als Berliner Bürgermeisterin und Kultursenatorin den Vorsitz zur Verfügung gestellt.

Im IBM Forum in Stuttgart hat der Fachausschuss mit Experten der Wirtschaft über Wirkung und Entwicklung des globalen Internets auf die Gesellschaft, den Stellenwert von Intranets und Extranets für die gewerbliche Wirtschaft und die öffentliche Hand und über neue Rahmenbedingungen eines Elektronischen Handels im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gesprochen. Angesichts der raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen verändert sich mit dem Umbruch vom Industrie- zum Informationszeitalter zudem auch die uns bisher bekannte Organisation von Arbeit, Wohnen und Verkehr.

Konvergenz demonstriert

Anhand realer Anwendungsbeispiele zur automatischen Spacherkennung, der digitalen Signatur, des elektronischen Handels und des sogenannten „Pervasive Computing“ wurde die Konvergenz klassischer Telekommunikation und klassischer elektronischer Medien in der Hand von Nutzern und Konsumenten aus Wirtschaft und Verwaltung demonstriert.

Der Bundesfachausschuss ist davon überzeugt, dass im angehenden 21. Jahrhundert eine neue Strukturpolitik notwendig

wird, die sich anstatt an der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts, gekennzeichnet durch Entwicklungszeiten von mehr als 15 Jahren, nun an der Informationsgesellschaft orientieren muss, die durch so kurze Entwicklungszeiten gekennzeichnet ist, dass deren Wirkung sich innerhalb einer Legislaturperiode entfaltet. Dies bedeutet in Deutschland ein Mehr an Selbstverwaltung der Wirtschaft und Gesellschaft anstatt ein Mehr an staatlicher Verwaltung; in der Europäischen Union bedeutet dies ein harmonisiertes Vorgehen mit dem Ziel gleichartiger Marktbedingungen, und global ist ein intensiverer Dialog mit NGOs erforderlich, die grenzüberschreitend ihr know-how anbieten.

Rund-um-die-Uhr

Gerade auch vor dem Hintergrund des stark wachsenden Internet-Handels ist der Ausschuss zudem davon überzeugt, dass in Zukunft eine politische Diskussion über Ladenöffnungszeiten, die globale Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit des Internet und des elektronischen Handels nicht mehr wird ausblenden können. Eine weitreichende Aufhebung der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten wäre auch ein Signal, dass sich am Standort Deutschland etwas bewegen lässt.

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik hat sich auch mit der Initiative D21 befasst, einer Organisation von Unternehmern, die kurzfristig mehr Selbstverwaltung im elektronischen Handel, eine verbesserte Internet-Bildung und Pilotprojekte zu Internet in der öffentlichen Verwaltung fördert.

Der neue Vorsitzende fordert die Bundesregierung auf, durch eine neue Strukturpolitik den enormen Vorsprung Skandinaviens in der Internet-Nutzung in allen Be-

Senioren entdecken das Internet

Die Möglichkeiten, die das Internet bietet, entdecken insbesondere Menschen in den besten Jahren immer mehr: Das Internet ermöglicht ihnen, auf neue Weise ihre Freizeit interessanter und abwechslungsreicher zu gestalten. Immer mehr Menschen ab Fünfzig begeistern sich deswegen fürs Web – weil es für sie nützlich ist und es ihnen einfach Spaß macht. Deswegen schwinden auch manche „Berührungsängste“ mit dem neuen Medium schnell – sogar wenn man vorher noch nicht mit dem Computer umgehen konnte.

Der „Faszination Internet“ erliegen Frauen und Männer über Fünfzig gleichermaßen: Sie schätzen es vor allem, dass sie per Internet neue Bekannte mit gleichen Interessen finden und kennen lernen können. Internet-Senioren sind unternehmenslustig, gesellig, kontaktfreudig und interessiert.

Dies sind aktuelle Ergebnisse der Studie „Senioren und Internet“, die von Prof. Matthias Eickhoff (Uni Mainz) in Kooperation mit dem Frankfurter Start-up Unternehmen Feierabend AG und Deutschlands führendem Internet Senioren-Service „Feierabend.com“ durchgeführt wird.

Feierabend.com ist für viele Internet-Surfer reiferen Alters der bevorzug-

te Treffpunkt im Web: Fast täglich klicken sich Tausende zu Deutschlands größtem Online-Service für Menschen in den besten Jahren. Kostenlos bietet Feierabend.com ein umfassendes, benutzergerechtes Informations- und Unterhaltungsangebot. Hier kann man sich auch von anderen Internet-Senioren Tipps holen, z.B. wie man beeindruckend mit seinen Kindern und Enkeln chattet, oder bekommt Anregungen, wohin man reisen und wo man gut Essen & Übernachten kann.

Zur Zeit zählt der „Feierabend-Online Club“ mehrere tausend Mitglieder, die hier eine eigene Email-Adresse und Homepage erhalten.

Mit seinem zielgruppengerechten Servicekonzept hat sich Feierabend.com zu Deutschlands führendem und am schnellsten wachsenden Special Interest-Portal für Menschen ab Fünfzig entwickelt.

Gefragt nach ihrem ersten Erlebnis mit dem Internet berichtete Feierabend-Clubmitglied Gretel Schröter aus Radolfzell: „Wie fand ich ins Internet? Indem ich meinem Enkel einen neuen Computer schenkte! Noch am ersten Weihnachtstag überredete er mich zu meiner ersten „Unterrichtsstunde im Fach Internet“ – inzwischen habe ich einen schnelleren Computer als er!“

reichen der Wirtschaft und Gesellschaft aufzuholen, und Deutschland endlich von einem Mittelplatz an die Spitze der Internet-Nutzung und Internet-Bildung zu befördern. Die Regierungsparteien müssen endlich die Blockade der Überarbeitung des Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetzes (IuKDG) aufgeben und

auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft eingehen; dies gilt insbesondere für geschlossene Benutzergruppen, Intranets und Extranets, die obwohl hinter Firewalls und für die Konsumenten nicht zugänglich – wenig sachgerecht – mit bürokratischen Regeln, die zum Schutz der Konsumenten gedacht waren, befrachtet werden. ■

Auf Grün schalten beim Transrapid

In wenigen Wochen wird die Weltausstellung ihre Tore öffnen. Die EXPO wird Schaufenster für Technologie „Made in Germany“ sein. Was werden wir in diesem deutschen Schaufenster zu sehen bekommen? Wird sich Deutschland als Land vorstellen, das die Herausforderungen der Zukunft annimmt? Oder wird politisches Zögern das deutsche Bild bestimmen.

Allein aus dem Norden Schleswig-Holsteins werden fünf prima Projekte präsentiert. Auch dem Transrapid kommt eine besondere Bedeutung zu. Denn die Verkehrszunahme in den nächsten zehn Jahren wird gewaltig: Vor allem der Ost-West-Verkehr wird sich mehr als verdreisigfachen. Es ist nicht eine Frage des „ob“, sondern des „wie“ wir diese Zukunftsaufgabe annehmen. Der Transrapid ist gefragt denn je. Doch auch andere forschen in Sachen „Magnetschweben“. Nach einer Auskunft aus Tokio haben wir noch einen Vorsprung von 19 Monaten gegenüber Japan.

Wir haben einen 6-Punkte-Katalog für den Transrapid entwickelt:

- Die herkömmliche Rad-Schiene-Technik ist ausgereizt. Der Transrapid steht am Anfang der Entwicklung.
- Der Transrapid schafft Arbeitsplätze. Für die Küstenländer wichtig ist: Der Norden Deutschlands wird aufs Engste mit der Wachstumsregion Nummer Eins in Europa verbunden. 3. Die Exportchancen sind immens: Mit China und den USA stehen Grosskunden vor der Tür.
- Gutachten bestätigen: Der Transrapid ist nicht nur zwei-, sondern auch eingleisig wirtschaftlich.
- Der Transrapid ist das sicherste Transportmittel der Welt! Unfälle ausgeschlossen!

● Kein Verkehrsträger ist so umweltfreundlich wie der Transrapid. 30 Millionen Liter Benzin und 100.000 Tonnen giftiges CO₂ können jährlich eingespart werden.

Das einzig ernsthafte Gegen-Argument scheint die Finanzierung. Aber: Bis heute sind 5 1/2 Milliarden Mark in den Ausbau der Bahnstrecke Hamburg-Berlin geflossen. Resultat: über 2 Stunden Fahrtzeit und kein

Von Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Mehr an Sicherheit. Für eine ICE-Fahrtzeit von 70 Minuten sind 9 Milliarden Mark nötig. Die Finanzierungsbedenken sind ein Vorwand. Die Strecke Hamburg-Berlin rechnet sich. Fünffmal hat die Regierung eine Entscheidung angekündigt. Doch anstatt zu entscheiden, zeigt sie Führungsschwäche. Ein Grund: Die Kieler Regierung torpediert die Zukunftstechnik! In diesem Jahr wird die Weltausstellung das Tor ins neue Jahrtausend öffnen. Zeigen Sie der Welt: Am Standort Deutschland geht es in die Zukunft! Schalten Sie auf Grün beim Transrapid!

Schülerzahlen nahezu unverändert

Bei nahezu unveränderten Schülerzahlen insgesamt haben die Freien Waldorfschulen im laufenden Schuljahr 1999/2000 mehr Zulauf verzeichnet. Bei ihnen gebe es ein Plus von 4,5 Prozent, berichtete das Sekretariat der Kultusministerkonferenz. Nach ersten vorläufigen Zahlen besuchen in diesem Schuljahr insgesamt gut 12,7 Millionen Schülerinnen und Schüler (1998/99: 12.699.000) die Schulen im Bundesgebiet.

Euro braucht stabiles Fundament

Anlässlich des Antrags Griechenlands zur Teilnahme am Euro erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU, Elmar Brok MdEP:

Mit dem offiziellen Beitrittsgesuch Griechenlands, als zwölftes Mitglied in die Europäische Währungsunion aufgenommen zu werden, bietet sich die Chance, die Stabilitäts- und Vertrauensgrundlagen des Euro weiter zu festigen. Dies ist angesichts der anhaltenden Euro-Schwäche notwendig denn je.

Daher fordert der Bundesfachausschuss Europapolitik den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und das Europäische Parlament auf, anlässlich der Entscheidung über den Beitritt Griechenlands einen umfassenden Bericht über die erreichten Fortschritte bei der Verwirklichung der Strukturreformen aller Euro-Teilnehmerstaaten zu erstatten. Grundlage für diesen umfassenden Rechenschaftsbericht sollten die Stabilitäts-erklärungen vom Mai 1998 anlässlich der Entscheidung für den Beginn der Währungsunion sowie die aktuellen Konvergenzbewertungen der Europäischen Kommission sein. In den Stabilitätserklärungen hatten alle Mitgliedstaaten angekündigt, Strukturreformen auch nach dem Start des Euro konsequent und nachhaltig durchzuführen. Jedoch seien – so der Bundesfachausschuss – bislang kaum Fortschritte bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme, der Revitalisierung der Arbeitsmärkte und der Verminderung der strukturellen Haushaltsdefizite erzielt worden.

Zwar sind mittlerweile die Konjunkturaussichten für das europäische Währungsgebiet vor allem durch den weltwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung verbessert, jedoch stehen die europäische und nationale Wirtschafts- und Ordnungspolitik

nach wie vor in einer Bringschuld. Im Zeitalter der Globalisierung sind zu zögerliche Reformfortschritte des sozialdemokratisch dominierten Europas die eigentliche Ursache für den schwachen Euro. Der Euro kann insbesondere deshalb sein Aufwertungspotenzial nicht entfalten.

Währungsfragen sind Vertrauensfragen. Daher warnt der Bundesfachausschuss Europapolitik gerade mit Blick auf den Euro-Bargeld austausch ab dem 1. Januar 2002 und dem dafür notwendigen Vertrauen der Bürger, die Einführung des Euro als völlig

CDU fordert anlässlich des griechischen Beitrittsantrags zur Währungsunion einen Bericht über die erzielten Strukturreformen in den EU-Mitgliedstaaten.

abgeschlossen zu betrachten. Einem weiteren Kursverfall des Euro und anziehenden Preissteigerungen müsse entschieden entgegengetreten werden. Zudem müsse auch die Verteilung von Euro-Münzen und Scheinen an die Bürger gesichert und geschützt sowie die logistischen Vorbereitungen in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene beschleunigt werden. Zusätzlich sollte deshalb der Rechenschaftsbericht zu den Strukturreformen im Sommer 2000 „als Zwischentappe“ zum Euro-Bargeld austausch genutzt werden, indem jedes Mitgliedsland darin verbindlich erklärt, wie die notwendige Strukturreform umgesetzt und wie der Euro-Bargeld austausch durchgeführt werden soll.

Zum Beitrittsantrag Griechenlands fordert der Bundesfachausschuss, dass Griechenland mit Perspektive auf den Beitritt zur Europäischen Währungsunion in den letzten Jahren beachtliche Konvergenzfort-

Finanzminister lässt Vereine schröpfen

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundtagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zu den verstärkten Prüfungen unserer Vereine durch Finanzämter:

Diese Bundesregierung mag unser Vereinswesen nicht; sie will erneut unsere Vereine schröpfen. Das Bundesfinanzministerium hat bestätigt, dass unsere Vereine verstärkt von den Finanzämtern geprüft werden müssten, da sie immer mehr wirtschaftliche Zwecke verfolgen.

Dieser Gedankengang ist absurd und weltfremd zugleich. Fast alle unserer über 300.000 Vereine brauchen wirtschaftliche Aktivitäten, die Erlöse aus Verkäufen von Eintrittskarten, von Getränken und Essen, sie brauchen Werbeeinnahmen. Nicht um Gewinn anzuhäufen, sondern um ihr vielfältiges Angebot aufrechterhalten, um überleben zu können.

Initiative abgelehnt

Als Ministerpräsident des Landes Hessen hat Herr Eichel nach der Bundestagswahl, aber vor der Landtagswahl Hessen eine steuerliche Besserstellung unserer Vereine in einer Bundesratsinitiative gefordert. Als Bundesfinanzminister hat er eine Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Bundtagsfraktion

zur steuerlichen Besserstellung der Vereine abgelehnt: u.a. Erhöhung der Besteuerungs- und Zweckbetriebsgrenze von 60.000 DM auf 120.000 DM, Erleichterung der Bildung zusätzlicher Rücklagen.

Scheinheiliger kann ein Minister nicht handeln.

Rot-grüne Gerechtigkeit

Dieser Finanzminister gewährt Kapitalgesellschaften Steuervorteile in Milliardenhöhe bei der Veräußerung von Beteiligungen, dafür lässt er das Freibier des Vereins für den ehrenamtlich Tätigen, die Werbung auf Trikots von Jugendmannschaften oder die Freikarte für verdiente Senioren als geldwerten Vorteil versteuern. Dies ist die neue soziale Gerechtigkeit von Rot-Grün.

Wir fordern den Finanzminister auf, umgehend die Finanzämter zurückzupfeifen, der Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Bundtagsfraktion zur steuerlichen Besserstellung unserer Vereine seine Zustimmung nicht länger zu verweigern und das 630-DM-Gesetz zurückzuziehen. Das Gutachten Kienbaum sollte Anlass genug sein.

Die Bedeutung unsere Vereins für unser Gemeinwesen hat Vorrang vor der kurzfristigen fiskalischen Denkart eines Finanzministers.

schritte erzielt hat. Dabei können sich die erzielten Fortschritte Griechenlands durchaus mit einigen Ländern vergleichen lassen, die im Mai 1998 nach Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu den Gründungsstaaten der

Europäischen Währungsunion gehörten. Dennoch bleibt es für die Stabilität des Euro und auch für Griechenland wichtig, mit der Entscheidung für einen Beitritt den eingeschlagenen Stabilitätskurs konsequent fortzusetzen.

Bernhard Worms wird 70 Jahre alt

Lieber Bernhard Worms,

die Tabellenführung des 1. FC Köln in der zweiten Bundesliga bleibt erhalten, selbst wenn Ihre Mannschaft gestern abend gegen Tennis Borussia verloren hat:

... um das Wichtigste gleich vorneweg zu sagen.

Gleich danach aber auch schon unser aller Glückwunsch zu Ihrem 70. Geburtstag: Gesundheit und Gottes Segen.

Die Senioren-Union hat einen guten Vorsitzenden. Nicht nur Wahl und Wiederwahl zeigen das. Die Schlagkraft der jüngsten unserer Vereinigungen ist nicht zuletzt das Ergebnis Ihres Einsatzes, Ihrer politischen Routine und vor allem Ihres großen Geschicks im Umgang mit Menschen.

Von solchen, die Ihnen aus Anlass Ihrer vielen Besuche in fast allen Städten unseres Landes begegnet sind, weiß ich: Es macht nicht nur die Entschiedenheit Eindruck, mit der Sie die Interessen der älteren Generation vertreten.

Nach Veranstaltungen mit Ihnen gehen die Leute mit dem Wunsch nach Hause „Die Rede muss ich schriftlich haben“, weil Sie es wie nur wenige verstehen, Ihre Gedanken aus den konkreten Erfahrungen Ihrer Zuhörer zu entwickeln, um sie mit Einsichten zu überraschen, die keineswegs allen vertraut sind.

Wie ich Sie kenne, werden Sie jetzt abwinken. Dass Sie sich aber darüber, was Ihnen viele bestätigen, ungeteilt freuen können – nehmen Sie das als unseren Dank für Ihre Arbeit.

Angela Neel

Berlin, 14. März 2000



Jugendkultur in Budapest

Der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 20.-24. April 2000 (Ostern) ein Jugendkulturseminar in der Hauptstadt Ungarns für Jugendliche und junge Erwachsene an.

Neben der gemeinsamen Entdeckung und Führung durch die Stadtteile Buda und Pest mit dem Burgviertel und weiteren Sehenswürdigkeiten kann die Möglichkeit des Einkaufs auf der Vaci utca genutzt werden ebenso ein Besuch eines der berühmten ungarischen Heilbäder.

Es sind nur noch einige Plätze frei. Deswegen bitte schnell anmelden. Der Teilnahmebetrag beträgt 270 DM, Fahrtkosten werden bis 100 DM ersetzt.

Jugendkultur in Dresden

Der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 19.-21. Mai 2000 in der sächsischen Hauptstadt ein Jugendkulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren an. Das interessante Seminarprogramm beinhaltet u.a. eine entdeckende Stadterkundung sowie eine Besichtigung der Semperoper.

Teilnahmebetrag: 90 DM, Fahrtkosten werden bis 100 DM ersetzt.

Weitere Informationen und Programme:

Frischluft e.V.

Annaberger Str. 283, 53175 Bonn,
Tel.: 02 28/31 00 23, Fax: 02 28/31 47 03,
email: flbgs@aol.com

Spätestens zum 31. August, gerne auch früher, ist die Stelle des

Kreisgeschäftsführers der CDU des Rhein-Sieg-Kreises

wegen Pensionierung des Amtsinhabers neu zu besetzen.

Die CDU des Rhein-Sieg-Kreises mit Sitz in Siegburg im Herzen des Rheinlands ist der mitgliederstärkste Kreisverband in der Bundesrepublik. Die Kreisgeschäftsstelle ist die zentrale Anlauf- und Verwaltungsstelle für 19 Stadt- und Gemeindeverbände mit rund 8.600 CDU-Mitgliedern.

Der Kreisgeschäftsführer leitet die Kreisgeschäftsstelle mit z.Zt. 5 Mitarbeitern. Ihm obliegen insbesondere die Verwaltung des Etats, die Vorbereitung, Durchführung und Organisation von Kreisvorstandssitzungen, Kreisparteitage, Kreismitgliederversammlungen, Fachtagungen und Konferenzen jeglicher Art, die Planung, konzeptionelle Gestaltung und Überwachung umfangreicher Wahlkampfaktivitäten, die organisatorische

Betreuung der Gebietsverbände der Partei und ihrer Vereinigungen.

Wir suchen eine selbstbewusste und engagierte Persönlichkeit, die in der Lage ist, diese und eine Vielzahl weiterer interessanter Aufgaben zu erfüllen, auch vielfach außerhalb der üblichen Dienstzeiten. Wir erwarten hohe Einsatzbereitschaft, sicheres Auftreten und die Fähigkeit, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter zu führen und zu motivieren.

Grundvoraussetzung für die Einstellung ist der Abschluss einer beruflichen Ausbildung. Erforderlich ist die Beherrschung moderner Bürokommunikations-Techniken. Erfahrungen in praktischer politischer Arbeit sind wünschenswert.

Die Anstellung und Besoldung erfolgen durch den CDU-Landesverband NRW und orientieren sich an BAT II.

**Bewerbungen mit den üblichen
Unterlagen sind bis 31. März
2000 zu richten an die CDU
des Rhein-Sieg-Kreises,
z.Hd. Herrn Kreisvorsitzenden
Andreas Krautscheid,
Postfach 12 63, 53702 Siegburg.**

Immer mehr Ehepaare ohne Kinder

In Deutschland hat der Anteil von Ehepaaren ohne Kinder in den letzten Jahren beständig zugenommen.

Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. So stellten im Gebiet der alten Bundesrepublik 1998 Ehepaare ohne Kinder im Haushalt bereits 42 Prozent der Familien. 1991 waren es noch 39 Prozent (1957: 20 Prozent). Der Anteil der Ehepaare mit Kindern im Haushalt betrug 1998 46

Prozent, 1991 lag er noch bei 51 Prozent und 1957 bei 57 Prozent.

Der gleiche Trend sei auch bei den Ehepaaren in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost zu beobachten, teilte das Amt weiter mit. 1998 lag im Osten der Anteil der Ehepaare ohne Kinder bei 40 Prozent, 1991 waren es noch 36 Prozent. Dagegen sank der Anteil der Ehepaare mit Kindern von 49 Prozent auf 42 Prozent.



● **Einkaufswagen-Chips**

Bestell-Nr.: **9070**
100 Expl.: **50,00 DM**



● **Feuerzeug**

Bestell-Nr.: **9506**
25 Expl.: **23,75 DM**



● **Gummibärchen Minitüten**
verpackt in durchsichtiger Runddose

Bestell-Nr.: **9547**
100 Expl.: **19,90 DM**



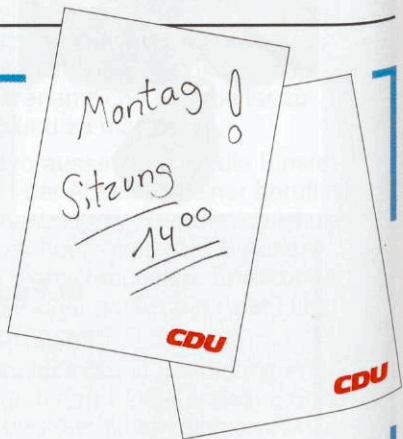
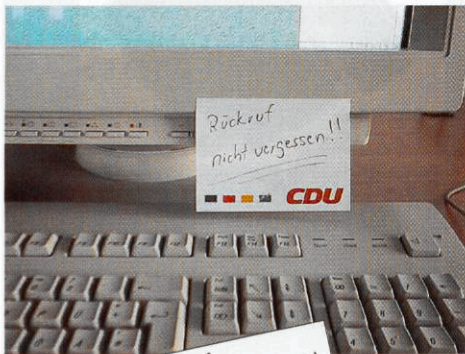
● **Bleistifte mit Aufdruck**
www.cdu.de

Bestell-Nr.: **9036**
100 Expl.: **29,70 DM**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Haftnotizblock

Bestell-Nr.: **9633**
100 Expl.: **59,00 DM**



● Notizblock

Bestell-Nr.: **9813**
200 Expl.: **48,00 DM**

Bestellschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65 · 59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail: cdu-shop@bertelsmann.de

UiD

9/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/333. Vertrieb: Tel. (0 22 26) 8 02-123. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.